

Erste Bewertung des Koalitionsvertrages zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

„Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“

25. November 2021

Politikbereich	Maßnahme	Bewertung
Steuerpolitik	Fairer Wettbewerb im Einzelhandel „Wir bemühen uns weiter um fairen Wettbewerb zwischen Geschäftsmodellen digitaler Großunternehmen und den lokal verwurzelten Unternehmen. Wir wollen die digital gestützte Wertschöpfung in Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistung unterstützen und dafür ein Level Playing Field herstellen.“ (S.31, Zeile 860 ff.)	Allgemeine Bewertung: Möglicherweise unklare Aussagen aus dem Sondierungspapier zu neuen Substanzsteuern und Erhöhungen bei den Einkommen- und Unternehmenssteuern wurden nicht wiederholt. Dies ist positiv zu werten. Allerdings fehlen auch Klarstellungen. Deshalb können die Ergebnisse der Sondierungsgespräche im Laufe der Legislaturperiode unterschiedlich ausgelegt und daraus auch unterschiedliche politische Schlussfolgerungen gezogen werden.
		Neutral Ein Level Playing Field zwischen digitalen und stationären Einzelhandelsunternehmen ist grundsätzlich zu sehr begrüßen. An politischen Plänen / Ansätzen ist hierfür bisher primär eine Digital Services Tax oder die Paketsteuer bekannt. Diese beiden Maßnahmen lehnt der HDE ab. Es bedarf neuer, innovativer Ansätze.

Steuerpolitik	<p>Klimaschutz im Gebäudebereich „Wir heben die lineare Abschreibung für den Neubau von Wohnungen von zwei auf drei Prozent an und behalten dabei die unterschiedlichen Effekte auf die verschiedenen Bauherren im Blick.“ (S. 90, Zeile 2291 ff.)</p>	<p>Neutral Die Maßnahme kann zu einer Änderung städtischer Strukturen, weg von reinen Einkaufs- und Bürogebieten und hin zu besser durchmischten Innenstädten beitragen. Allerdings stellt sich die Frage, welches fiskalische Volumen absorbiert wird und ob noch genug Mittel für die weitere Innenstadtförderung verbleiben.</p>
	<p>Kindergrundsicherung „Die Kindergrundsicherung soll aus zwei Komponenten bestehen: Einem einkommensunabhängigen Garantiebetrags, der für alle Kinder und Jugendlichen gleich hoch ist, und einem vom Elterneinkommen abhängigen, gestaffelten Zusatzbetrag. Volljährige Anspruchsberechtigte erhalten die Leistung direkt. Mit dem Garantiebetrags legen wir in dieser Legislaturperiode die Grundlage für unser perspektivisches Ziel, künftig allein durch den Garantiebetrags den verfassungsrechtlichen Vorgaben nach Freistellung des kindlichen Existenzminimums bei der Besteuerung des Elterneinkommens zu entsprechen.“ (S. 100, Zeile 3334 ff.)</p>	<p>Neutral Die Maßnahme betrifft den Einzelhandel nicht. Sie impliziert, dass Die bisherige Kombination aus Kinderfreibetrags und Kindergeld vollständig ersetzt werden müsste. Dabei dürften grundsätzlich die Nutzer des Kinderfreibetrags nicht schlechter gestellt werden. Deshalb kann mit der Kindergrundsicherung je nach Ausgestaltung ein hohes fiskalisches Volumen verbunden sein.</p>
	<p>Subventionen „Die im Rahmen der EU bereits bestehende Plastikabgabe wird wie in anderen europäischen Ländern auf die Hersteller und Inverkehrbringer umgelegt.“ (S.163, Zeile 5527 f.)</p>	<p>Negativ Die EU-Plastikabgabe ist keine Abgabe im eigentlichen Sinne. Stattdessen zählt sie zu den EU-Eigenmitteln, die von den EU-Mitgliedsstaaten an die EU abzuführen sind. Bisher werden diese Zahlungen nicht umgelegt. Sollte dies künftig der Fall sein, tritt diese Umlage als Kostenfaktor in unbekannter Höhe zu den bestehenden betrieblichen Aufwendungen hinzu.</p>
	<p>Digitalisierung des Steuersystems „Wir wollen das Steuersystem für Menschen und Unternehmen einfacher machen. Dazu wollen wir die Digitalisierung und Entbürokratisierung der Steuerverwaltung vorantreiben.“ (S.164, Zeile 5563 ff.)</p>	<p>Positiv Jede Verwaltungsvereinfachung ist zu begrüßen. Zu einer Digitalisierung des Steuersystems muss aus Sicht des Einzelhandels mit zuerst die digitale Abwicklung von Ausfuhrbescheinigungen im Reiseverkehr gehören.</p>

Steuerpolitik	<p>Verbesserte Abschreibung für Investitionen in Klimaschutz und digitale Wirtschaftsgüter „Wir wollen eine Investitionsprämie für Klimaschutz und digitale Wirtschaftsgüter schaffen, die den Steuerpflichtigen in den Jahren 2022 und 2023 ermöglicht, einen Anteil der Anschaffungs- und Herstellungskosten der im jeweiligen Jahr angeschafften oder hergestellten Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die in besonderer Weise diesen Zwecken dienen, vom steuerlichen Gewinn abzuziehen („Superabschreibung“).“ (S.164, Zeile 5568 ff.)</p>	<p>Positiv Verbesserte Abschreibungsbedingungen können die Investitionstätigkeit anregen. Allerdings ist noch unklar, wie die Superabschreibung zu verstehen ist. Insbesondere werden normalerweise betriebliche Aufwendungen von den Erträgen abgezogen und als Residuum erhält man den Gewinn. Der Abzug vom Gewinn müsste außerbilanziell erfolgen und wäre ein neues, bisher unbekanntes Vorgehen.</p>
	<p>Verbesserung der Verlustverrechnung „Wir wollen die erweiterte Verlustverrechnung zeitlich bis Ende 2023 verlängern und den Verlustvortrag auf die zwei unmittelbar vorangegangenen Veranlagungszeiträume ausweiten.“ (S.164, Zeile 5574 f.)</p>	<p>Positiv Die Verlängerung des erhöhten Verlustrücktrags von 10 Mio. € bis 2023 ist positiv. Die Regelung sollte aber unbefristet beibehalten werden. Hinsichtlich der zeitlichen Ausweitung auf die zwei unmittelbar vorangegangenen Veranlagungszeiträume ist unklar, ob dies ebenfalls bis 2023 befristet sein soll. Diese Maßnahme ist richtig und sollte ebenfalls unbefristet sein.</p>
	<p>Unternehmensbesteuerung / Eigenkapitalausstattung „Eine gute Eigenkapitalausstattung der Unternehmen ist elementar für den Erfolg der deutschen Wirtschaft und stärkt die Krisenfestigkeit. Wir werden daher das Optionsmodell und die Thesaurierungsbesteuerung evaluieren und prüfen, inwiefern praxistaugliche Anpassungen erforderlich sind.“ (S.164, Zeile 5577 ff.)</p>	<p>Positiv Das Körperschaftsteuer-Optionsmodell für Personenunternehmen ist in der aktuellen Ausgestaltung für die Unternehmen kaum nutzbar und bedarf dringend der Überarbeitung. Die Evaluierung und Nachbesserung sollte schnellstmöglich in Angriff genommen werden.</p>

	<p>Grunderwerbsteuer „Wir wollen den Ländern eine flexiblere Gestaltung der Grunderwerbsteuer ermöglichen, um den Erwerb selbst genutzten Wohneigentums zu erleichtern. Zur Gegenfinanzierung nutzen wir das Schließen von steuerlichen Schlupflöchern beim Immobilienerwerb von Konzernen (Share Deals).“ (S. 164, Zeile 5597 ff.)</p>	<p>Negativ Share Deals dienen nicht nur missbräuchlichen Gestaltungen, sondern sind ein wichtiges Instrument, um Umstrukturierungen von Unternehmen zu erleichtern bzw. überhaupt erst zu ermöglichen. Hohe fiskalische Einnahmeerwartungen dürfen nicht gestellt werden, sonst werden Umstrukturierungen zu sehr behindert. Alle bisherigen politischen Vorschläge haben diesen Aspekt vernachlässigt und eignen sich gleichzeitig nicht zur Bekämpfung von Missbrauch.</p>
<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">Steuerpolitik</p>	<p>Einfuhrumsatzsteuer „Um im europäischen Wettbewerb gleiche Bedingungen zu erreichen, werden wir gemeinsam mit den Ländern die Einfuhrumsatzsteuer weiterentwickeln.“ (S.164, Zeile 5601 f.)</p>	<p>Positiv Eine Verbesserung der Einfuhrumsatzsteuer ist zu begrüßen. Allerdings wird Einfuhrumsatzsteuer bei Importen aus Drittstaaten in die EU bzw. einen EU-Mitgliedsstaat, hier Deutschland, gezahlt. Deshalb unterliegt sie weitestgehend einheitlichen EU-Vorgaben. Es bleibt abzuwarten, wo Bund und Länder ansetzen wollen.</p>
	<p>Umsatzsteuerbefreiung von Sachspenden „Wir werden bestehende steuerrechtliche Hürden für Sachspenden an gemeinnützige Organisationen durch eine rechtssichere, bürokratiearme und einfache Regelung beseitigen, um so die Vernichtung dieser Waren zu verhindern.“ (S.164, Zeile 5610 ff.)</p>	<p>Positiv Eine generelle Umsatzsteuerbefreiung von Sachspenden wäre zu begrüßen. Sie dürfte aber gegen die Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie der EU verstoßen. Es bleibt abzuwarten, wo der Gesetzgeber ansetzen will.</p>
	<p>Steuervollzug „Das strategische Vorgehen gegen Steuerhinterziehung, Finanzmarktkriminalität und Geldwäsche werden wir im Bundesfinanzministerium organisatorisch und personell stärken, und dabei auch Zoll, Bundeszentralamt für Steuern (BZSt), Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) und die Financial Intelligence Unit (FIU) stärken.“ (S. 164, Zeile 5615 ff.)</p>	<p>Positiv Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung müssen auch die Mehrwertsteuerhinterziehung durch ungesteuerte Importe aus Drittstaaten umfassen. Wenn der Zoll gestärkt wird und so mehr Stichprobenkontrollen durchführen kann, trägt dies nachhaltig zur Wettbewerbsgleichheit zwischen Importeuren und inländischen Händlern bei</p>

Steuerpolitik	<p>Digitalisierung des Steuervollzugs „Durch digitale Verfahren soll die Erfüllung der steuerlichen Pflichten für die Bürgerinnen und Bürger erleichtert werden, wie zum Beispiel durch vorausgefüllte Steuererklärungen (Easy Tax). Wir werden daher die Digitalisierung des Besteuerungsverfahrens konsequent weiter vorantreiben und dafür sorgen, dass steuerliche Regelungen grundsätzlich auch digital umsetzbar sind. Unser Ziel ist es, das die gesamte Interaktion zwischen Steuerpflichtigen und Finanzverwaltung digital möglich ist.“ (S.166, Zeile 5620 ff.)</p>	<p>Positiv Da die gesamte Interaktion zwischen Steuerpflichtigem und Finanzverwaltung digital möglich sein soll, müssen auch die Arbeiten an einer digitalisierten Abwicklung von Ausfuhrbescheinigungen im Reiseverkehr schnellstmöglich abgeschlossen werden. Siehe auch die Bewertung zu Zeile 5563 ff.</p>
	<p>Verbesserte Betriebsprüfung „Im Bereich der Unternehmensbesteuerung ist es uns ein Anliegen, die Steuerprüfung zu modernisieren und zu beschleunigen. Dafür setzen wir uns insbesondere für verbesserte Schnittstellen, Standardisierung und den sinnvollen Einsatz neuer Technologien ein. Zur Sicherung der Anschlussfähigkeit der Steuerverwaltung an den digitalen Wandel und für eine spürbare Verringerung der Steuerbürokratie wird eine zentrale Organisationseinheit auf Bundesebene eingerichtet.“ (S.166, Zeile 5626 ff.)</p>	<p>Positiv Die Verfahren der Betriebsprüfung sollten dringend verbessert und beschleunigt werden.</p>
	<p>Abbau der Steuerbürokratie „Wir wollen Steuerbürokratie spürbar verringern, beispielsweise durch höhere Schwellenwerte und volldigitalisierte Verfahren.“ (S.166, Zeile 5632 ff.)</p>	<p>Positiv Höhere Schwellenwerte, z.B. für geringwertige Wirtschaftsgüter, die sofort abgeschrieben werden dürfen, tragen zum Bürokratieabbau bei.</p>
	<p>Bekämpfung von Steuergestaltung „Wir werden die bereits eingeführte Mitteilungspflicht für grenzüberschreitende Steuergestaltungen auch auf nationale Steuergestaltungen von Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 10 Millionen Euro ausweiten.“ (S.166, Zeile 5646 ff.)</p>	<p>Negativ Der Sinn einer nationalen Mitteilungspflicht ist unklar, da das Steuersubstrat in Deutschland verbleibt. Zudem ist eine Umsatzgrenze von 10 Mio. Euro für die Mitteilungspflicht ein sehr niedriger Schwellenwert. Sowohl die Maßnahme als auch der Schwellenwert konterkarieren den zuvor angestrebten Abbau der Steuerbürokratie.</p>

	<p>Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs / E-Invoicing „Wir werden weiterhin den Umsatzsteuerbetrug bekämpfen. Dieser Weg soll in Zusammenarbeit mit den Ländern intensiviert werden. Wir werden schnellstmöglich ein elektronisches Meldesystem bundesweit einheitlich einführen, das für die Erstellung, Prüfung und Weiterleitung von Rechnungen verwendet wird.“ (S.166, Zeile 5650 ff.)</p>	<p>Positiv Die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs durch ein elektronisches Verfahren, dass die Rechnungen entlang der Lieferkette erfasst, kann dazu beitragen. Entscheidend ist die technische Ausgestaltung des Verfahrens.</p>
	<p>Bekämpfung von Gewinnverlagerung „Aus Deutschland abfließende Einkommen sollen angemessen besteuert werden. Sowohl eine Nicht- als auch eine Doppelbesteuerung ist zu vermeiden. Dazu werden wir die Quellenbesteuerung, insbesondere durch eine Anpassung der Doppelbesteuerungsabkommen, ausweiten, und die Zinsschranke durch eine Zinshöhenschranke ergänzen, um ungewünschte Steuergestaltung zu vermeiden.“ (S. 167, Zeile 5668 ff.)</p>	<p>Positiv Sowohl die Nicht- als auch eine Doppelbesteuerung müssen vermieden werden. Daher ist die Bekämpfung der Doppelbesteuerung zu begrüßen. Wie die Doppelbesteuerungsabkommen angepasst werden sollen, bleibt abzuwarten. Dies kann nur im Einvernehmen mit den Vertragspartnern erfolgen.</p> <p>Negativ Die Zinshöhenschranke ist eindeutig abzulehnen. Für die Bestimmung, ob die Höhe eines Zinssatzes für Zinszahlungen zwischen verbundenen Unternehmen angemessen ist, gilt der Fremdvergleichsgrundsatz. D.h. würde der Zinssatz unter gleichen Bedingungen in gleicher Höhe auch zwischen fremden Dritten vereinbart, ist er angemessen. Weitere Einschränkungen sind unangemessen und dürften auch unzulässig sein.</p>
<p>Digitalpolitik</p>	<p>Innovationen: „Wir haben Lust auf Neues und werden technologische, digitale, soziale und nachhaltige Innovationskraft befördern. Durch bessere Rahmenbedingungen für Hochschule, Wissenschaft und Forschung wollen wir den Wissenschaftsstandort kreativer und wettbewerbsfähiger machen. Wissenschafts- und Forschungsfreiheit sind der Schlüssel für kreative Ideen, die dazu beitragen, die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen.“ (ab Zeile 157)</p>	<p>Negativ Die Innovationskraft Deutschlands liegt – insbesondere im Handel – in den Unternehmen. Deutschland und die EU haben in den letzten Jahrzehnten gezeigt, dass wissenschaftliche Innovationen bereits stark vertreten sind. Es fehlt jedoch an ihrer kommerziellen Komponente und wirksamen Geschäftsmodellen. Wenn wir weiter Innovationstreiber bleiben wollen, müssen wir hier investieren, statt erneut prioritär die Wissenschaft als Innovationskraft zu fördern.</p>

	<p>Digitaler Aufbruch: „Deutschland braucht einen umfassenden digitalen Aufbruch. Wir wollen das Potenzial der Digitalisierung für die Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen, für Wohlstand, Freiheit, soziale Teilhabe und Nachhaltigkeit nutzen. Dafür werden wir uns ambitionierte und überprüfbare Ziele setzen sowie realistische und schnell spürbare Maßnahmen ergreifen“ (Zeile 381) „Ein digitaler Aufbruch, der unsere Werte, die digitale Souveränität und einen starken Technologiestandort sichert, gelingt nur in einem fortschrittlichen europäischen Rahmen.“</p>	<p>Positiv Wir begrüßen die herausgehobene Stellung und Zielmarke der schnellen und durchgehenden Digitalisierung Deutschlands. Die Einführung eines Digitalbudgets und die Priorisierung des Bereichs Digitalisierung in der Ministerialstruktur sind wichtige Schritte. Offene Standards für Wirtschaft und Gesellschaft halten wir für angemessene politische Mittel und streben interoperable Systeme an. Wir begrüßen den Vorstoß zur digitalen Souveränität. Dass diese Ziele vor allem europäischen Maßnahmen unterliegen und hier maßgeblich gestaltet werden sollen, halten wir für den richtigen Rahmen.</p>
<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">Digitalpolitik</p>	<p>Digitale Infrastruktur „Unser Ziel ist die flächendeckende Versorgung mit Glasfaser (fiber-to-the-home, FTTH) und dem neuesten Mobilfunkstandard.“ (Zeile 414)</p>	<p>Positiv/Unklar Der HDE begrüßt den raschen und flächendeckenden Netzausbau und entsprechende Investitionen in den Anschluss weißer Flecken. Digitale Infrastruktur ist die Voraussetzung für digitale Transformationen. Deshalb braucht es einer klaren (zeitlicher) Rahmensetzung, die im Koalitionsvertrag fehlt.</p>
	<p>IT-Sicherheit „Hersteller haften für Schäden, die fahrlässig durch IT-Sicherheitslücken in ihren Produkten verursacht werden. Die Cybersicherheitsstrategie und das IT-Sicherheitsrecht werden weiterentwickelt.“ (Zeile 437)</p>	<p>Positiv Wir begrüßen den Fokus auf Cybersicherheit, die auch für den Handel als transformierende Techbranche immer relevanter wird. Der Umbau des BSI zu einer unabhängigen zentralen Stelle im Bereich IT-Sicherheit sehen wir als wichtigen Schritt zu einem größeren Schutz von Wirtschaft und Gesellschaft vor Cyberattacken.</p>

	<p>Daten „Wir streben einen besseren Zugang zu Daten an, insbesondere um Start-ups sowie KMU neue innovative Geschäftsmodelle und soziale Innovationen in der Digitalisierung zu ermöglichen.“ (Zeile 454)</p>	<p>Positiv Der Handel ist auf Daten angewiesen. Deshalb begrüßen wir außerordentlich den Aufbau von Dateninfrastrukturen und den standardisierten und maschinenlesbaren Zugang zu selbsterzeugten Daten. Wir haben in Europa einen starken Datenschutz. Eine weitere Verschärfung lehnen wir ab.</p>
	<p>Kommunikationsfreiheit „Beim Digital Services Act setzen wir uns für die Wahrung der Kommunikationsfreiheiten, starke Nutzerrechte, klare Meldeverfahren, den Zugang zu Daten sehr großer Plattformen für Forschungszwecke, die Überprüfbarkeit ihrer algorithmischen Systeme sowie klare Regelungen gegen Desinformationen ein.“ (Zeile 475)</p>	<p>Positiv Der HDE begrüßt die Vorstöße des DSA auf europäischer Ebene. Der ursprüngliche Kommissionvorschlag, welcher noch sichtbar an einem Ausgleich der Interessen zwischen Plattformen und Händlern/Nutzern interessiert war, gerät mit diesem Berichtsentwurf völlig aus der Balance. Ein hohes Datenschutzniveau und nutzungsorientierte Online-Werbung schließen sich nicht gegenseitig aus, sodass auf sie mit Verboten reagiert werden müsste. Es ist daher wichtig, dass eine faktenbasierte, sachliche Auseinandersetzung der Politik mit dem Thema erfolgt und wir gemeinsam auf Basis dieser best-practices eine Verbesserung für Nutzerinnen und Nutzer sowie für die Wirtschaft erzielen - undifferenzierte Verbotsforderungen sind nicht der richtige Weg. Eine gesonderte und nicht abgestimmte deutsche Regelung lehnen wir ab.</p>
	<p>Desinformation „...die Überprüfbarkeit ihrer algorithmischen Systeme sowie klare Regelungen gegen Desinformationen ein. Auf Grundlage der europäischen Vorgaben werden wir den Rechtsrahmen (u. a. Telemediengesetz, TMG und Netzwerkdurchsetzungsgesetz, NetzDG) grundlegend überarbeiten.“ (Zeile 477)</p>	<p>Negativ Desinformation ist auch im Handel ein tiefgreifendes Problem. Gefälschte und nicht authentische Bewertungen täuschen die Verbraucher, verzerren den Wettbewerb, schädigen die Reputation von Portalen. Nicht-authentische Bewertungen führen dazu, dass Verbraucher Waren oder Dienstleistungen auswählen, die teurer, schlechter oder weniger geeignet sind als ihre Bewertung suggeriert. Ehrliche Anbieter werden benachteiligt, der Qualitäts- und Preiswettbewerb der Anbieter untereinander wird verzerrt. Der HDE vermisst Pläne der neuen Bundesregierung, um dieser Problematik entgegenzutreten.</p>

	<p>Schlüsseltechnologien „Investitionen in Künstliche Intelligenz (KI), Quantentechnologien, Cybersicherheit, Distributed-Ledger-Technologie (DLT), Robotik und weitere Zukunftstechnologien stärken wir messbar und setzen Schwerpunkte.“ (Zeile 492)</p>	<p>Negativ Genauso wie bei Innovationen sehen wir auch in den Schlüsseltechnologien einen Mangel an Kreativität und Fokus auf die Wirtschaft. Kommerzielle Geschäftsmodelle in Ergänzung der ausgezeichneten Grundlagenforschung ist notwendig, um den Technologiestandort Deutschland zu stärken.</p>
<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">Digitalpolitik</p>	<p>Digitale Wirtschaft „Das Bundeskartellamt stärken wir im Umgang mit Plattformen.“ (Zeile 519) „Wir stärken KMU bei der Digitalisierung durch unkomplizierte Förderung und bauen die Unterstützung für IT-Sicherheit, DSGVO-konforme Datenverarbeitung und den Einsatz digitaler Technologien aus.“ (Zeile 525)</p>	<p>Positiv Der HDE begrüßt die Förderung von KMU bei der Digitalisierung. Entbürokratisierung und Unterstützung bei der Digitalisierung von Geschäftsmodellen halten wir für die richtigen Maßnahmen. Wir wünschen uns die entsprechende personelle Ausgestaltung der Förderprogramme, um eine individuelle Beratung der Unternehmen zu ermöglichen. Ein gelungenes Beispiel hierfür sind die Digital-Coaches in NRW. Der Bund sollte die Länder bei der Finanzierung von Digital-Coaches unterstützen. Monopolstrukturen ist sowohl in der analogen als auch in der digitalen Wirtschaft entgegenzutreten. Deshalb ist ein starkes Auftreten der Bundesregierung in der Regulierung und dem Einhalten eines fairen Wettbewerbs notwendig. Hier müssen die Stellschrauben für die europäischen Regelungen gestellt werden. Der HDE vermisst diesen Fokus und findet den Verweis auf den DMA nicht ausreichend.</p>
	<p>Digitalisierung im Handel „Der stationäre Handel in Deutschland braucht attraktive Rahmenbedingungen, um im Strukturwandel gegenüber dem reinen Online-Handel bestehen und von der Digitalisierung profitieren zu können.“ (Zeile 859)</p>	<p>Unklar/Positiv Der HDE begrüßt es, dass die Bundesregierung sich für ein Level Playing Field einsetzt. Wir sehen keine Dichotomie zwischen stationärem und Online-Handel, sondern befürworten die Unterstützung der Unternehmen in ihrer Transformation zum Omnichannel Handel. Ein Auspielen zwischen den Vertriebswegen halten wir für den falschen Ansatz.</p>

Wirtschaftspolitik	<p>Wirtschaftspolitik</p> <p>„Nach der Corona-Pandemie braucht Deutschlands Wirtschaft einen neuen Aufbruch. Dafür muss die öffentliche Hand Impulse setzen und faire Rahmenbedingungen national und im europäischen Binnenmarkt schaffen. Wir wollen mehr Innovation, mehr Wettbewerbsfähigkeit, mehr Effizienz, gute Arbeit und klimaneutralen Wohlstand. Dafür brauchen wir ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen und mehr Tempo. Unser Ziel ist eine sozial-ökologische Marktwirtschaft.“ (S.24 Ziffer 732)</p>	<p>Positiv</p> <p>Der Koalitionsvertrag betont die Notwendigkeit eines neuen Aufbruchs der Wirtschaft nach der Corona-Pandemie. Dies steht im Einklang mit der Forderung des HDE nach einem Neustart, den der Einzelhandel angesichts der dramatischen Folgen des Lockdowns und der aktuellen Restriktionen benötigt. Im Mittelpunkt aller Maßnahmen muss dabei das Ziel fairer Wettbewerbsbedingungen und die Förderung von Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz stehen.</p>
	<p>Einzelhandel</p> <p>„Der stationäre Handel in Deutschland braucht attraktive Rahmenbedingungen, um im Strukturwandel gegenüber dem reinen Online-Handel bestehen und von der Digitalisierung profitieren zu können. Wir bemühen uns weiter um fairen Wettbewerb zwischen Geschäftsmodellen digitaler Großunternehmen und den lokal verwurzelten Unternehmen. Wir wollen die digital gestützte Wertschöpfung in Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistung unterstützen und dafür ein Level Playing Field herstellen. Wir nutzen das Förderprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ und führen die Innenstadtstrategie des Bundes fort, insbesondere das Programm „Lebendige Zentren“ im Rahmen der Bundesländer-Städtebauförderung. Sie sollen für eine Verbesserung der 867 Aufenthalts- und Erlebnisqualität in den Innenstädten genutzt werden. Wir werden die konkreten Rückzahlmodalitäten der Corona-Hilfen prüfen.“ (S. 28 Ziffer 858)</p>	<p>Neutral</p> <p>Für den Einzelhandel will sich die neue Bundesregierung für einen fairen Wettbewerb zwischen Geschäftsmodellen digitaler Großunternehmen und den lokal verwurzelten Unternehmen einsetzen. Dies ist wichtig und richtig. Mit Förderprogramm sollen Innenstädte und Zentren unterstützt werden, um die Aufenthalts- und Erlebnisqualität in den Innenstädten zu verbessern. Das ist zu begrüßen. Die bestehenden Programme reichen hier jedoch angesichts der neuer Herausforderung nicht aus.</p>

	<p>Bürokratieabbau</p> <p>„Der stationäre Handel in Deutschland braucht attraktive Rahmenbedingungen, um im Strukturwandel gegenüber dem reinen Online-Handel bestehen und von der Digitalisierung profitieren zu können. Wir bemühen uns weiter um fairen Wettbewerb zwischen Geschäftsmodellen digitaler Großunternehmen und den lokal verwurzelten Unternehmen. Wir wollen die digital gestützte Wertschöpfung in Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistung unterstützen und dafür ein Level Playing Field herstellen.</p> <p>Wir nutzen das Förderprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ und führen die Innenstadtstrategie des Bundes fort, insbesondere das Programm „Lebendige Zentren“ im Rahmen der Bund-Länder-Städtebauförderung. Sie sollen für eine Verbesserung der 867 Aufenthalts- und Erlebnisqualität in den Innenstädten genutzt werden.</p> <p>Wir werden die konkreten Rückzahlmodalitäten der Corona-Hilfen prüfen.“ (S. 31 Ziffer 962)</p>	<p>Positiv</p> <p>Bürokratieabbau war und ist in den letzten Jahrzehnten Ziel jeder Bundesregierung gewesen, so auch der kommenden. Die Vereinfachung von Abläufen und Regeln ist und bleibt eine wichtige Aufgabe. Insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen setzen hohe Erwartungen in ein geplantes Bürokratieentlastungsgesetz der neuen Koalition. Wir begrüßen es, dass der Koalitionsvertrag sich dazu verpflichtet, insbesondere den Unternehmerinnen und Unternehmern mehr Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben zu verschaffen.</p> <p>Es ist geplant, die wissenschaftlichen Beratungsgremien der Bundesregierung nach dem Vorbild der Monopolkommission zu stärken und deren Unabhängigkeit zu garantieren. Die Berichte der Sachverständigenräte werden wir nach ihrer Veröffentlichung im Bundestag als eigenständigen Tagesordnungspunkt diskutieren. Der HDE begrüßt grundsätzlich den Ansatz, wirtschaftswissenschaftliche Expertise stärker in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen.</p>
--	--	--

Wirtschaftspolitik	<p>Zukunftsinvestitionen</p> <p>„Wir wollen mehr privates Kapital für Transformationsprojekte aktivieren. Dazu prüfen wir auch, welche Beiträge öffentliche Förderbanken kapitalmarktnah zur Risikoabsicherung leisten können. Die KfW soll stärker als Innovations- und Investitionsagentur wirken. Der Zukunftsfonds für Start-ups und Finanzierungsmodelle öffentlicher Infrastrukturinvestitionen sind gute Beispiele dafür. Um eine Erhöhung des Finanzierungsvolumens insbesondere für die Klima- und Digitalisierungstransformation der Wirtschaft und von Privathaushalten zu erreichen, werden wir das bewährte Förderinstrumentarium bedarfsgerecht und nach Maßgabe der Zielgenauigkeit und Fördereffizienz skalieren und ausweiten. Hierfür prüfen wir, wie die Kapitalbasis der KfW genutzt und gegebenenfalls gestärkt werden kann. Wir werden ergänzend zur KfW auch mit öffentlichen Förderbanken wie der Europäischen Investitionsbank zusammenarbeiten. Bestehende staatliche Gesellschaften wie die Deutsche Bahn AG (Infrastrukturbereich) oder die BImA werden wir stärken und ihre Finanzierungsmöglichkeiten verbessern. Dafür können von Fall zu Fall Instrumente wie Kreditermächtigungen und Eigenkapitalstärkung genutzt werden. Der BImA werden wir mehr Freiheiten verschaffen, so dass sie im Rahmen ihrer Aufgaben schneller selber bauen kann. Dazu wollen wir die Verantwortung für Planung, Bau und Betrieb der Bundesbauten und Bundesliegenschaften bei der BImA konzentrieren. Wir stärken bei staatlichen Gesellschaften die parlamentarische, öffentliche und exekutive Kontrolle. Für große transformative Aufgaben dieses Koalitionsvertrages nutzen wir auch finanzielle Transaktionen.“ (S. 159 Ziffer 5391)</p>	<p>Neutral</p> <p>Der Koalitionsvertrag sieht vor, mehr privates Kapital für Transformationsprojekte zu aktivieren und die Rolle der öffentlichen Förderbanken zu stärken. Es ist richtig, die Möglichkeiten, die sich hier ergeben ebenso zu prüfen wie die Ausrichtung der KfW in Richtung einer Innovations- und Investitionsagentur.</p>
---------------------------	--	---

	<p>Subventionen</p> <p>Wir wollen zusätzliche Haushaltsspielräume dadurch gewinnen, dass wir im Haushalt überflüssige, unwirksame und umwelt- und klimaschädliche Subventionen und Ausgaben abbauen. Mit der Umsetzung der EU-Energiesteuerrichtlinie, die u. a. die steuerliche Angleichung von Dieselmotoren und Benzin vorsieht, werden wir die steuerliche Behandlung von Dieselfahrzeugen in der Kfz-Steuer überprüfen. Insbesondere aufgrund bestehender Auslieferungsschwierigkeiten der Hersteller bei bereits bestellten Plug-In-Hybrid-Fahrzeugen werden wir die Innovationsprämie zur Unterstützung der Anschaffung elektrischer PKW unverändert nach der bisherigen Regelung bis zum 31. Dezember 2022 fortführen. Wir wollen die Förderung für elektrische Fahrzeuge und Plug-In-Hybride degressiv und grundsätzlich so reformieren, dass sie ab 1. Januar 2023 nur für KFZ ausgegeben wird, die nachweislich einen positiven Klimaschutzeffekt haben, der nur über einen elektrischen Fahranteil und eine elektrische Mindestreichweite definiert wird. Die elektrische Mindestreichweite der Fahrzeuge muss bereits ab dem 1. August 2023 80 Kilometer betragen. Über das Ende des Jahres 2025 hinaus ist die Innovationsprämie nicht mehr erforderlich. Die bestehende Besteuerung von Plug-In-Hybridfahrzeugen bei der sogenannten Dienstwagenbesteuerung wird für neu zugelassene Fahrzeuge stärker auf die rein elektrische Fahrleistung ausgerichtet. Hybridfahrzeuge sollen zukünftig nur noch privilegiert werden (Entnahmewert 0,5 Prozent), wenn das Fahrzeug überwiegend (mehr als 50 Prozent) auch im rein elektrischen Fahrtrieb betrieben wird. Wird das Fahrzeug nicht überwiegend im elektrischen Fahrbetrieb genutzt oder der rein elektrische Fahranteil nicht nachgewiesen, entfällt der Vorteil und die Nutzung des Dienstwagens wird regelbesteuert</p>	<p>Positiv</p> <p>Die neue Bundesregierung will zusätzliche Haushaltsspielräume dadurch gewinnen, dass im Haushalt überflüssige, unwirksame und umwelt- und klimaschädliche Subventionen und Ausgaben abgebaut werden. Angesichts enger Finanzierungsspielräume und ambitionierter Vorhaben muss die Ausgabenseite stärker in den Fokus genommen werden.</p>
--	---	---

	<p>(1-Prozent-Regelung). Mit dieser Regelung werden Anreize gesetzt, diese Fahrzeuge möglichst emissionsfrei elektrisch angetrieben zu nutzen und ihre ökologischen Vorteile auch auszuspielen. Auch diese KFZ müssen nachweislich einen positiven Klimaschutzeffekt haben, der nur über einen elektrischen Fahranteil und eine elektrische Mindestreichweite definiert wird. Die elektrische Mindestreichweite der Fahrzeuge beträgt bereits ab dem 1. August 2023 80 Kilometer. Nach dem Jahr 2025 wird die Pauschalsteuer für emissionsfreie Fahrzeuge (Elektro) dann 0,5 Prozent betragen. Für CO₂-neutral betriebene Fahrzeuge verfahren wir analog zu voll-elektrisch betriebenen Fahrzeugen. Die im Rahmen der EU bereits bestehende Plastikabgabe wird wie in anderen europäischen Ländern auf die Hersteller und Inverkehrbringer umgelegt.“ (S. 162 Ziffer 5494)</p>	
--	---	--

<p>Recht und Verbraucherpolitik</p>	<p>Fairer Wettbewerb</p> <p>„Wir werden prüfen, wie das Bundeskartellamt gestärkt werden kann, um bei erheblichen, dauerhaften und wiederholten Verstößen gegen Normen des wirtschaftlichen Verbraucherrecht analog zu Verstößen gegen das GWB Verstöße zu ermitteln und diese abzustellen.“ (S. 31, Zeilen 945 ff.)</p> <p>„Wir setzen uns für eine missbrauchsunabhängige Entflechtungsmöglichkeit auf europäischer Ebene als Ultima Ratio auf verfestigten Märkten ein.“ (S. 31, Zeilen 950 ff.)</p> <p>„Wir wollen eine Verpflichtung zur Interoperabilität auf europäischer Ebene und über das GWB für marktbeherrschende Unternehmen verankern.“ (S. 31, Zeilen 952 ff.)</p>	<p>Negativ</p> <p>Die Einführung einer öffentlich-rechtlichen Rechtsdurchsetzung bei Verstößen gegen die Bestimmungen des Verbraucherrechts ist nicht erforderlich und wird abgelehnt. Die Einhaltung der Verbraucherschutzvorschriften wird effizient, schnell ohne unnötige Bürokratie und kostengünstig durch die private Rechtsdurchsetzung gewährleistet. Die Einführung öffentlich-rechtlicher Rechtsdurchsetzungsinstrumente würde das bestehende System schwächen und damit den Verbraucherinteressen schaden.</p> <p>Negativ</p> <p>Aus eigener Kraft gewonnene Marktstärke wird in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung nicht missbilligt. Missbrauchsunabhängige Entflechtungsmöglichkeiten reduzieren die Anreize für Unternehmen, im Wettbewerb zu wachsen und ihre Marktposition zu verbessern. Sie dämpfen daher den Wettbewerb und widersprechen im Ergebnis den Interessen der Verbraucher. Missbrauchsunabhängige Entflechtungsmöglichkeiten werden daher abgelehnt.</p> <p>Unklar</p> <p>Die konkrete Umsetzung dieses Vorhabens ist unklar. Eine Bewertung ist daher vorerst nicht möglich.</p>
--	---	---

<p>Recht und Verbraucherpolitik</p>	<p>Lebensmittelmarkt</p> <p>„Wir unterstützen fairen Wettbewerb mit fairen Preisen im Lebensmittelmarkt.“ (S. 47, Zeile 1519)</p> <p>„Wir werden die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht und Fusionskontrolle im Bundeskartellamt stärken.“ (S.47, Zeilen 1519 f.)</p> <p>„Wir gehen gegen unfaire Handelspraktiken vor und prüfen, ob der Verkauf von Lebensmitteln unter Produktionskosten unterbunden werden kann.“ (S. 47, Zeilen 1520 ff.)</p>	<p>Neutral</p> <p>Faire Preise bilden sich in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung am Markt als Resultat von Angebot und Nachfrage. Das Eingreifen des Staates in diese Prozesse führt tendenziell zu höheren Verbraucherpreisen und wird daher abgelehnt.</p> <p>Neutral</p> <p>Die Gewährleistung einer effizienten Rechtsdurchsetzung ist nicht zu beanstanden. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die bestehenden wettbewerbsrechtlichen Regeln der Missbrauchsaufsicht wie das Verbot des Verkaufs unter Einstandspreis und das „Anzapfverbot“ bereits heute unverhältnismäßig in die Vertragsfreiheit von Unternehmen mit relativer Marktmacht eingreifen. Zusätzliche gesetzliche Regulierungen im Bereich der Missbrauchsaufsicht wären mit weiteren Wettbewerbsbeschränkungen verbunden und werden daher abgelehnt.</p> <p>Negativ</p> <p>Die neuen UTP-Regeln des AgrarOLkG beschränken die Vertragsfreiheit der Unternehmen bereits unverhältnismäßig. Weitere gesetzliche Maßnahmen sind nicht erforderlich. Mit Rücksicht auf eine effizient funktionierende Lieferkette sind die neuen Regeln von der Aufsichtsbehörde mit Augenmaß und mit Rücksicht auf die wettbewerbsökonomischen Auswirkungen umzusetzen.</p> <p>Negativ</p> <p>Die Preissetzungsautonomie der Marktteilnehmer stellt das Herzstück einer freien Wirtschaftsordnung dar. Ein Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln unter Produktionskosten würde die Preissetzungsfreiheit des Handels über die geltenden Regeln des Verbots des Verkaufs unter Einstandspreis weiter beschränken. Einschränkungen</p>
--	--	---

		<p>der Preissetzungsfreiheit führen aber tendenziell zu höheren Verbraucherpreisen. Gesetzlich festgelegten Mindestpreise widersprechen damit der Verbraucherwohlfahrt und der Zielsetzung der geltenden Wettbewerbsordnung.</p>
--	--	--

<p>Recht und Verbraucherpolitik</p>	<p>Justiz</p> <p>„Wir bauen den kollektiven Rechtsschutz aus. ... Die EU-Verbandsklagerichtlinie setzen wir anwenderfreundlich und in Fortentwicklung der Musterfeststellungsklage um und eröffnen auch kleinen Unternehmen diese Klagemöglichkeiten. An den bewährten Anforderungen an klageberechtigte Verbände halten wir fest.“ (S. 105 ff., Zeilen 3542 ff.)</p>	<p>Positiv/Negativ</p> <p>Es ist zu begrüßen, dass die Musterfeststellungsklage bei der Umsetzung der EU-Verbandsklagerichtlinie als Benchmark gelten soll. Es hat sich gezeigt, dass die Regeln der Musterfeststellungsklage funktionieren. Sie sind geeignet, Missbrauch zu verhindern. Im Übrigen sollte die Verbandsklagerichtlinie eins-zu-eins in nationales Recht umgesetzt werden. Dem widerspricht das Vorhaben, die Möglichkeiten des kollektiven Rechtsschutzes auf den B2B-Bereich zu erweitern. Auch kleinere Unternehmen sind aber nicht schutzwürdig wie Verbraucher. Der EU-Gesetzgeber hat daher den Anwendungsbereich der Verbandsklagerichtlinie bewusst auf das B2C-Verhältnis beschränkt. Dies sollte auch auf nationaler Ebene respektiert werden.</p>
--	--	---

Recht und Verbraucherpolitik	<p>Unternehmensrecht</p> <p>„Wir überarbeiten die Vorschriften der Unternehmenssanktionen einschließlich der Sanktionshöhe, um die Rechtssicherheit von Unternehmen im Hinblick auf Compliance-Pflichten zu verbessern und für interne Untersuchungen einen präzisen Rechtsrahmen zu schaffen.“ (S. 111, Zeilen 3723 ff.)</p> <p>„Wir untersuchen weitere Vorkehrungen gegen den Missbrauch von Kostenerstattungen für Abmahnungen nach dem Gesetz gegen Unlauteren Wettbewerb (UWG).“ (S. 111, Zeilen 3740 f.)</p>	<p>Neutral</p> <p>Eine effizientere Sanktionierung von Wirtschaftskriminalität ist grundsätzlich zu begrüßen. Diese kann aber optimal durch eine verbesserte Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden gewährleistet werden. Insbesondere ist eine Erweiterung der bestehenden Sanktionsmöglichkeiten nicht erforderlich. Soweit Compliance-Maßnahmen bei der Sanktion berücksichtigt werden sollen, muss insbesondere der rechtstaatliche Bestimmtheitsgrundsatz beachtet werden. Eine Belastung der Unternehmen mit uferlosen Compliance-Pflichten ist zu vermeiden. Den Möglichkeiten von KMU ist dabei außerdem angemessen Rechnung zu tragen.</p> <p>Positiv</p> <p>Im Dezember 2020 ist das Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs, mit dem der Abmahnmissbrauch besser bekämpft werden soll, im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden. Das Gesetz enthielt auch Neuregelungen zur Kostenerstattung bei Abmahnungen. Teile des Gesetzes treten erst am 01.12.2021 in Kraft. Es ist daher richtig, die Wirksamkeit der Neuregelungen zunächst einem Praxistext zu unterziehen und zu evaluieren, bevor weitere Maßnahmen in Betracht gezogen werden.</p>
-------------------------------------	--	--

<p>Recht und Verbraucherpolitik</p>	<p>Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher</p> <p>„Wir gewährleisten hohe Verbraucherschutzstandards. Dazu gehören eine umfassende Verbraucherbildung, mehrsprachige Aufklärung und der situationsgerechte Zugang zu Informationen.“ (S. 112, Zeilen 3747 ff.)</p> <p>„Die Finanzierung der Stiftung Warentest und des Verbraucherzentrale Bundesverbands passen wir entsprechend dem gestiegenen Bedarf bezüglich kollektiver Rechtsdurchsetzung, Marktbeobachtung und Verbraucherbildung an.“ (S. 112, Zeilen 3750 ff.)</p> <p>„Wir wollen Nachhaltigkeit by design zum Standard bei Produkten machen. Die Lebensdauer und Reparierbarkeit eines Produktes machen wir zum erkennbaren Merkmal der Pro-</p>	<p>Neutral</p> <p>Bereits heute ist das Verbraucherschutzniveau sehr hoch. Anstelle einseitig hoher Verbraucherschutzstandards sollte ein ausgewogenes Verhältnis von Verbraucher- und Wirtschaftsinteressen angestrebt werden.</p> <p>Der HDE unterstützt eine gute Verbraucherbildung, wenn diese darauf ausgerichtet ist, Verbraucher stärker in die Lage zu versetzen, eigenverantwortliche Entscheidungen zu treffen. Verbraucherbildung mit lenkendem und bevormundendem Charakter lehnen wir ab.</p> <p>Neutral</p> <p>Die wirtschaftliche Situation der Stiftung Warentest ist sehr gut. Das Stiftungskapital ist durch den Bund in den Jahren 2016 und 2017 um 100 Mio. € auf 175 Mio. € aufgestockt worden. Dafür sind die jährlichen Zuwendungen von 5 Mio. € entfallen. Ziel war es, die Unabhängigkeit der Stiftung zu stärken. Wenn nun neue Zuschüsse eingeführt würden, wäre das nicht konsequent. Gleichwohl arbeiten die Vertreter des HDE in den Gremien der Stiftung – bei allen Differenzen im Detail - mit, so dass wir zusätzliche finanzielle Mittel nicht ablehnen.</p> <p>Negativ</p> <p>Produktvorgaben zur Reparierbarkeit lehnen wir ab, insbesondere im nationalen Alleingang. Damit würde der Binnenmarkt beeinträchtigt. In Bezug auf Vorgaben zur Reparierbarkeit können Zielkonflikte im Hinblick auf die Nutzbarkeit und Sicherheit auftreten. Außerdem würde in die Produktgestaltungsfreiheit der Hersteller eingegriffen.</p>
--	---	--

	<p>dukteigenschaft (Recht auf Reparatur). Wir stellen den Zugang zu Ersatzteilen und Reparaturanleitungen sicher.“ (S. 112, Zeilen 3763 ff.)</p> <p>„Herstellerinnen und Hersteller müssen während der üblichen Nutzungszeit Updates bereitstellen. Wir prüfen Lösungen zur Erleichterung der Nutzbarkeit solcher Geräte über die Nutzungszeit hinaus.“ (S.112, Zeilen 3766f.)</p> <p>Für langlebige Güter führen wir eine flexible Gewährleistungsdauer ein, die sich an der vom Hersteller oder der Herstellerin bestimmten jeweiligen Lebensdauer orientiert. (S. 112, Zeilen 3767f.)</p>	<p>Falls Verbraucher selbst durch Zugang zu Reparaturanleitungen selbst Reparaturen durchführen sollen, könnte dies mit Einbußen bei der Produktsicherheit einhergehen. Der Bürokratieaufwand für Unternehmen steigt durch die Bereitstellung der Anleitungen und der Ersatzteile. Voraussichtlich wird eine große Menge an Ersatzteilen nicht benötigt und muss zum Ende der Vorhaltungspflicht entsorgt werden. Dadurch entstehen große Mengen Abfall.</p> <p>Positiv Positiv ist lediglich die Pflicht zur Bereitstellung von Updates durch den Hersteller zu bewerten. Generell ist die Updateverpflichtung bereits im Zuge der Umsetzung der Warenkaufrichtlinie geregelt worden, richtet sich dort allerdings an den Händler. Eine entsprechende Verpflichtung zur Bereitstellung durch den Hersteller fehlt aber bisher. Zusätzlich den Hersteller zur Bereitstellung von Updates zu verpflichten, war eine Forderung des HDE und ist positiv zu bewerten. Was mit der Erleichterung der Nutzbarkeit über den Nutzungszeitraum hinaus gemeint ist, ist nicht klar.</p> <p>Negativ Die „flexible Gewährleistungsdauer“ für langlebige Güter nach der vom Hersteller bestimmten Lebensdauer ist abzulehnen. Sie zielt auf eine erhebliche Verlängerung der Gewährleistungsansprüche der Verbraucher ab und kann Händler massiv durch Abwicklungskosten belasten, obwohl diese keinen Einfluss auf die Lebensdaueraussagen der Hersteller haben. Zudem hängt die Lebensdauer von technischen Geräten, bei denen das Gewährleistungsrecht eine große Rolle spielt, stark von der Intensität der Benutzung und anderen Bedingungen in der Sphäre des Verbrauchers ab, z.B. die Aufbewahrungsbedingungen und die Sorgfalt beim Umgang.</p>
--	--	---

	<p>„Wir setzen uns auf EU-Ebene dafür ein, dass elektronische Widerrufbuttons verpflichtend werden. Wir führen bei Dauerschuldverhältnissen über die Lieferung von Waren oder die regelmäßige Erbringung von Dienst- und Warenleistungen Angaben zu den durchschnittlichen monatlichen Kosten ein. Abo-Verträge müssen immer auch mit einer Mindestlaufzeit von höchstens einem Jahr angeboten werden. Eine allgemeine Bestätigungslösung für telefonisch geschlossene Verträge führen wir ein. Den Schutz vor unseriösen Haustürgeschäften verbessern wir.“ (S.112, Zeilen 3771 ff.)</p>	<p>Negativ Es besteht insgesamt kein Regelungsbedarf. Die Etablierung eines Widerrufsbuttons ist – jedenfalls im Onlinehandel – überflüssig. Es gibt bereits das Widerrufsformular und in der Praxis wird vielfach einfach die Ware zurückgesandt. Ein zusätzlicher Button im Online-shop verursacht nur Bürokratie für Unternehmen und Verbrauchern – vor allem, weil damit Bestellungen ohne Einrichtung eines Kundenkontos kaum mehr möglich sein dürften Angaben zu den durchschnittlichen monatlichen Kosten bei Dauerschuldverhältnissen lassen sich leicht per Dreisatz selbst ausrechnen. Auch Vergleichsortale bieten diese Funktion heute schon an. Eine weitere Informationspflicht für Anbieter ist nicht erforderlich. Die Pflicht, einen Laufzeitvertrag auch mit einer einjährigen Laufzeit anbieten zu müssen, ist ebenfalls nicht erforderlich. Es gibt viele Tarife bei den entsprechenden Verträgen, die eine Kürzere Laufzeit haben. Die Einführung der Bestätigungslösung für telefonisch geschlossene Verträge lehnen wir ebenfalls aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Verbindliche Kundenbestellungen per Telefon werden damit so kompliziert, dass sie in der Praxis nicht mehr zu empfehlen sind.</p>
--	---	---

<p>Recht und Verbraucherpolitik</p>	<p>Chemikalienpolitik</p> <p>„Wir schützen unsere Unternehmen sowie Verbraucher und Verbraucherinnen besser vor Importen, die den EU-Standards nicht entsprechen, indem wir gemeinsam mit den Ländern den Vollzug bei der Kontrolle stärken und Produktrückrufe erleichtern.“ (S. 41, Zeilen 1323 ff.)</p>	<p>Positiv</p> <p>Die Verbesserung des Vollzugs bei der Kontrolle von importierten Produkten ist positiv zu bewerten, wenn sie sich auf die Bereiche konzentriert, in denen heute Defizite bei der Marktüberwachung bestehen, und zwar im internationalen Onlinehandel, insbesondere beim Direktversand von Nicht-EU-Händlern an Verbraucher und beim Verkauf über Fulfillment-Center.</p> <p>Die Verstärkung des Vollzugs in diesen Bereichen ist eine wichtige Forderung des HDE:</p> <p>Unklar ist, was mit einer Erleichterung von produktrückrufen gemeint ist. Hier kann es auch zu Belastungen deutscher und europäischer Händler kommen.</p>
--	---	---

	<p>Arbeit „Wir wollen die moderne Arbeitswelt gestalten, dabei berufliche Chancen ermöglichen sowie Sicherheit und Flexibilität in Einklang bringen.“ (S. 67, Z. 2161f.)</p> <p>Arbeitszeit und Arbeitsort „Um auf die Veränderungen in der Arbeitswelt zu reagieren und die Wünsche von Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und Unternehmen nach einer flexibleren Arbeitszeitgestaltung aufzugreifen, wollen wir Gewerkschaften und Arbeitgeber dabei unterstützen, flexible Arbeitszeitmodelle zu ermöglichen. Wir halten am Grundsatz des 8-Stunden-Tages im Arbeitszeitgesetz fest.“ (S. 68, Z. 2228)</p> <p>Mindestlohn „Wir werden den gesetzlichen Mindestlohn in einer einmaligen Anpassung auf zwölf Euro pro Stunde erhöhen. Im Anschluss daran wird die unabhängige Mindestlohnkommission über die etwaigen weiteren Erhöhungsschritte befinden. Wir unterstützen den Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie über angemessene armutsfeste Mindestlöhne zur Stärkung des Tarifsystems. Dabei setzen wir uns – unter Achtung der europäischen Kompetenzordnung sowie unterschiedlicher Systeme und Traditionen von Arbeitsbeziehungen in den Mitgliedstaaten – bei den Verhandlungen für verbindliche Mindeststandards ein, wie sie in Deutschland mit dem neuen Mindestlohngesetz nach Beschluss gelten werden.“ (S. 69f., Z. 2277)</p> <p>Mini- und Midijobs „Bei den Mini- und Midi-Jobs werden wir Verbesserungen</p>	<p>Positiv</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Entgeltgrenze beim Minijob wird mit Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 520 € angehoben. • Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen wird in der Privatwirtschaft nicht in Frage gestellt. • Die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Allgemeinverbindlichkeit werden nicht gelockert, OT-Mitgliedschaften nicht in Frage gestellt. • Werkverträge und Arbeitnehmerüberlassung werden als notwendige Instrumente anerkannt <p>Negativ</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mindestlohn wird in einer einmaligen Anpassung (kein Datum) auf 12 Euro angehoben. Es fehlt die geforderte Öffnungsklausel für bestehende Tarifverträge, es handelt sich um einen erheblichen Eingriff in die Tarifautonomie. • Es wird keinen Wechsel von einer täglich hin zu einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit im Arbeitszeitgesetz geben. Die geplante Öffnung auf Basis der Tarifverträge geht im Einzelhandel ins Leere. • Die Befristung von Arbeitsverträgen mit Sachgrund beim selben Arbeitgeber werden zeitlich auf sechs Jahre begrenzt • Auch die öffentliche Auftragsvergabe des Bundes soll an eine Tarifvertragsbindung gekoppelt werden. • Die betriebliche Mitbestimmung soll überarbeitet werden. Auch die Strafen für die Behinderung der Mitbestimmung sollen weiter verschärft werden, obwohl dafür schon heute scharfe Gesetze in Kraft sind.
--	---	--

	<p>vornehmen: Hürden, die eine Aufnahme versicherungspflichtiger Beschäftigung erschweren, wollen wir abbauen. Wir erhöhen die Midi-Job-Grenze auf 1.600 Euro. Künftig orientiert sich die Minijob-Grenze an einer Wochenarbeitszeit von 10 Stunden zu Mindestlohnbedingungen. Sie wird dementsprechend mit Anhebung des Mindestlohns auf 520 Euro erhöht. Gleichzeitig werden wir verhindern, dass Minijobs als Ersatz für reguläre Arbeitsverhältnisse missbraucht oder zur Teilzeitfalle insbesondere für Frauen werden. Die Einhaltung des geltenden Arbeitsrechts bei Mini-Jobs werden wir stärker kontrollieren.“ (S. 70, Z. 2287)</p> <p>Befristungen „Damit der öffentliche Dienst als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangeht, schaffen wir die nur dort bestehende Möglichkeit der Haushaltsbefristung ab. [...]“ (S. 70 ,Z. 2306)</p> <p>Arbeitnehmerüberlassung und Arbeitskräftemobilität „Beim Arbeitnehmerüberlassungsgesetz prüfen wir im Falle einer europäischen Rechtsprechung, ob und welche gesetzlichen Änderungen unter Berücksichtigung der Gesetzesevaluierung vorzunehmen sind.“ (S. 70, Z. 2313)</p> <p>Tarifautonomie „Wir wollen die Tarifautonomie, die Tarifpartner und die Tarifbindung stärken, damit faire Löhne in Deutschland bezahlt werden – dies befördert auch die nötige Lohnangleichung zwischen Ost und West. Zur Stärkung der Tarifbindung wird die öffentliche Auftragsvergabe des Bundes an die Einhaltung eines repräsentativen Tarifvertrages der jeweiligen Branche gebunden, wobei die</p>	<p>Unklar</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sozialpartner-Dialog zur Anpassungsbedarf angesichts der Rechtsprechung des EuGH zum Arbeitszeitrecht. • Die Koalitionäre wollen „für mehr Sicherheit bei Arbeit auf Abruf“ sorgen. Es ist unklar, was sich dahinter konkret verbirgt.
--	--	--

	<p>Vergabe auf einer einfachen, unbürokratischen Erklärung beruht. Betriebsausgliederung bei Identität des bisherigen Eigentümers zum Zwecke der Tarifflicht werden wir verhindern, indem wir die Fortgeltung des geltenden Tarifvertrags sicherstellen. Unangetastet bleibt § 613a BGB (Rechte und Pflichten beim Betriebsübergang). Im Dialog mit den Sozialpartnern werden wir weitere Schritte zur Stärkung der Tarifbindung erarbeiten und hierbei insbesondere Möglichkeiten für weitere Experimentierräume erörtern.“ (S. 71, Z. 2328)</p> <p>Mitbestimmung „Die Mitbestimmung werden wir weiterentwickeln. Betriebsräte sollen selbstbestimmt entscheiden, ob sie analog oder digital arbeiten. [...]“ (S. 71, Z. 2340)</p> <p>Arbeits- und Gesundheitsschutz „Den hohen Arbeits- und Gesundheitsschutz in der sich wandelnden Arbeitswelt erhalten wir und passen ihn neuen Herausforderungen an. [...]“ (S. 72, Z. 2369)</p>	
--	--	--

<p>Arbeits- und Sozialpolitik</p>	<p>Sozialstaat, Altersvorsorge, Grundsicherung „Wir werden den Sozialstaat bürgerfreundlicher, transparenter und unbürokratischer machen, und ihn auf die Lebenswirklichkeiten unserer Zeit ausrichten. Ein Schritt zu mehr Bürgernähe ist die umfassende Digitalisierung von Leistungen. Information, Beratung, Antragstellung sowie Kommunikation und Abfragen unter den zuständigen Stellen müssen unter Wahrung des Datenschutzes digital und einfach möglich werden. Auch soll die Qualität analoger Beratung durch digitale Unterstützung verbessert werden. Wo immer möglich, sollen Leistungen, die Bürgerinnen und Bürger zustehen, automatisch ausgezahlt werden. Bürgerinnen und Bürger sollen die ihnen zustehenden Leistungen wie aus einer Hand erhalten, im Rahmen möglichst niedrigschwelliger einheitlicher Anlaufstellen vor Ort. Dazu werden wir eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einrichten und die Sozialversicherungsträger beteiligen.“ (S. 72, Z. 2377 ff.)</p> <p>Altersvorsorge „Eine gute und verlässliche Rente nach vielen Jahren Arbeit ist für die Beschäftigten wichtig. Es geht darum, sich mit eigener Arbeit eine gute eigenständige Absicherung im Alter zu schaffen.“ (S. 73, Z. 2390ff.)</p> <p>Prävention und Rehabilitation „Wir machen längeres, gesünderes Arbeiten zu einem Schwerpunkt unserer Alterssicherungspolitik.“ (S. 74, Z. 2443ff.)</p> <p>Renteneintritt Die Flexi-Rente wollen wir durch bessere Beratung in ihrer</p>	<p>Positiv</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die betriebliche Altersvorsorge soll gestärkt werden, u.a. durch die Erlaubnis von Anlagemöglichkeiten mit höheren Renditen. • Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung soll in dieser Legislaturperiode bis 2025 nicht über die Grenze von 20 Prozent steigen. <p>Negativ</p> <ul style="list-style-type: none"> • Für neue Selbstständige wird eine Altersvorsorgepflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung begründet. Allerdings mit leichten Opt-Out zugunsten eines privaten Vorsorgeprodukts.
--	---	---

	<p>Bekanntheit verbreitern und die Regelung zum Hinzuverdienst bei vorzeitigem Rentenbezug entfristen. [...]“ (S. 74f., Z. 2453)</p>	
--	--	--

<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">Arbeits- und Sozialpolitik</p>	<p>Ökonomische Gleichstellung</p> <p>„Um Erfolge und Handlungsbedarfe sichtbarer zu machen, erweitern wir die Grundlage der Berichterstattung der jährlichen Informationen der Bundesregierung über die Entwicklung des Frauen- und Männeranteils an Führungsebenen und in Gremien der Privatwirtschaft und des Öffentlichen Dienstes und schärfen bei Bedarf gesetzlich nach.</p> <p>Wir wollen die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern schließen. Deshalb werden wir das Entgelttransparenzgesetz weiterentwickeln und die Durchsetzung stärken, indem wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen, ihre individuellen Rechte durch Verbände im Wege der Prozessstandschaft geltend machen zu lassen.</p> <p>Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken. Damit die Brückenteilzeit künftig von mehr Beschäftigten in Anspruch genommen werden kann, werden wir die sogenannte „Überforderungsklausel“ entsprechend überarbeiten und gleichzeitig für die Unternehmen übersichtlicher gestalten.</p> <p>Wir wollen die Familienbesteuerung so weiterentwickeln,</p>	<p>Positiv</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmern soll gestärkt werden, auch soll die erwerbsbezogene und qualifizierte Einwanderung gestärkt werden. • Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll gestärkt werden. <p>Negativ</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das sehr bürokratische Entgelttransparenzgesetz soll weiterentwickelt werden. Beschäftigten sollen zudem individuelle Rechte durch Verbände im Wege der Prozessstandschaft geltend machen können • Inanspruchnahme der Brückenteilzeit soll trotz Fachkräftemangel weiter gestärkt werden. <p>Unklar</p> <ul style="list-style-type: none"> • Um Erfolge und Handlungsbedarf sichtbarer zu machen, soll die Grundlage der Berichterstattung zur Entwicklung des Frauen und Männeranteils an Führungsebenen und in Gremien der Privatwirtschaft erweitert werden.
--	---	--

	<p>dass die partnerschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche Unabhängigkeit mit Blick auf alle Familienformen gestärkt werden.</p> <p>Im Zuge einer verbesserten digitalen Interaktion zwischen Steuerpflichtigen und Finanzverwaltung werden wir die Kombination aus den Steuerklassen III und V in das Faktorverfahren der Steuerklasse IV überführen, das dann einfach und unbürokratisch anwendbar ist und mehr Fairness schafft.“ (S. 115, Z. 3855 ff.)</p>	<p>Zusammenfassende Bewertung:</p> <p>Besonders die Anhebung des Mindestlohn in einem einmaligen Schritt ist sehr problematisch, weil es die paritätische Mindestlohnkommission entmachtet und einen erheblichen Eingriff in die Tarifautonomie bedeutet. Es hätte hier zwingend einer tariflichen Öffnungsklausel bedurft. Sehr problematisch ist vor diesem Hintergrund auch die geplante Weiterentwicklung des hochbürokratischen Entgelttransparenzgesetzes und das angedachte Verbandsklagerecht. Im Gegenzug bleibt aber zumindest die sachgrundlose Befristung in der Privatwirtschaft erhalten, was im aktuellen ökonomischen Umfeld auch zwingend geboten ist. Die Anhebung der Entgeltgrenze beim Minijob ist ebenso erfreulich, dies entspricht einer langjährigen HDE-Forderung. Die Handschrift der FDP ist an vielen Stellen sichtbar geworden, die SPD hat sich aber mit ihrer zentralen sozialpolitischen Forderung beim Mindestlohn durchgesetzt.</p>
--	--	---

Bildungspolitik	Bildungspolitik	Die Bewertung wird nachgereicht.
------------------------	------------------------	---

<p>Europapolitik</p>		<p>Allgemeine Bewertung: Die Konferenz zur Zukunft Europas wird im Europakapitel als erstes erwähnt: Die Koalition will diese in ein Verfassungskonvent münden lassen, das ist beachtlich, das haben CDU/CSU um jeden Preis verhindern wollen.</p> <p>Chance: Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips, Durchsetzungsinstrumente für Rechtsstaatlichkeit, endlich gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.</p> <p>Gefahr: Überarbeitung des Sozialkapitels, nachdem eine Harmonisierung der sozialen Sicherungssysteme grundsätzlich ausgeschlossen ist (klare SPD-Agenda).</p> <hr/> <p>Im Einzelnen:</p> <p>Positiv:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wachstums- und Stabilitätspakt soll unverändert erhalten bleiben, i.e. Haushaltsdisziplin bleibt Grundprinzip • Investitionsoffensive für den beschleunigten Ausbau von Netzen (u.a. digitale Infrastruktur, ein gemeinsames Eisenbahnnetz, eine Energieinfrastruktur für erneuerbaren Strom und Wasserstoff) <p>Negativ:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Tarifbindung soll über EU-Sozialpolitik gestärkt werden, das heißt nichts Gutes für die anstehenden Trilogverhandlungen beim EU-Mindestlohn. • Lohntransparenz: ein Verbandsklagerecht wurde zwar ausgeschlossen, hingegen sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Durchsetzung ihrer individuellen Arbeitnehmerrechte durch Verbände im Wege der Prozessstandschaft ermöglicht werden. Das könnte für grenzüberschreitend tätige Unternehmen eine Herausforderung werden
-----------------------------	--	--

<p>Nachhaltigkeit</p>	<p>Kreislaufwirtschaft</p>	<p>Positiv:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fondsmodell für §21 VerpackG: „Mit einem gesetzlich verankerten Fondsmodell belohnen wir ressourcenschonendes und recyclingfreundliches Verpackungsdesign sowie den Rezyklateinsatz.“ (S. 42) • Level-Playing-Field für Rezyklate: “Wir wollen ein Level-Playing-Field für Plastik-Rezyklate.” (S. 43) <p>Unklar:</p> <ul style="list-style-type: none"> • „Wir stärken die Abfallvermeidung durch gesetzliche Ziele und ökologisch vorteilhafte Mehrweg-, Rücknahme- und Pfandsysteme sowie Branchenvereinbarungen.“ (S. 42) „Die Retourenvernichtung werden wir reduzieren.“ (S.42) • Neue Mindestrezyklateinsatzquoten auf EU-Ebene: „Wir schreiben höhere Recyclingquoten und eine produktspezifische Mindestquote für den Einsatz von Rezyklaten und Sekundärrohstoffen auf europäischer Ebene fest.“ (S.42) • Neues Recycling-Label: „Wir führen ein Recycling-Label ein“ (S.42) <p>Negativ</p> <ul style="list-style-type: none"> • Plastikabgabe wird auf Hersteller und Inverkehrbringer umgelegt: „Die im Rahmen der EU bereits bestehende Plastikabgabe wird wie in anderen europäischen Ländern auf die Hersteller und Inverkehrbringer umgelegt.“ (S. 163)
------------------------------	-----------------------------------	---

<p>Energie- und Klimapolitik</p>		<p>Positiv:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die EEG-Umlage soll ab 2023 abgeschafft werden (wie vom HDE gefordert) • Novellierung des Steuer-, Abgaben- und Umlagensystems die Förderung von Mieterstrom- und Quartierskonzepten vereinfachen und stärken positiv (wie vom HDE gefordert) • Keine PV-Pflicht für den Bestand (wie vom HDE gefordert) • Überprüfung der Ausschreibungspflicht für große Dachanlagen (wie vom HDE gefordert) • Abbau Hemmnisse für die Installation von Ladeinfrastruktur in Genehmigungsprozessen, bei der Netzinfrastruktur und den Netzanschlussbedingungen <p>Negativ:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das Ausbauziel EE von 600 TWh bis 2030 ist extrem ambitioniert • Das Ausbauziel von 5 GW PV pro Jahr ist extrem ambitioniert. Für den Handel müssen wir eine Bestandspflicht befürchten.
---	--	--

CSR/Lieferketten	„Wir unterstützen ein wirksames EU-Lieferkettengesetz, basierend auf den UN-Leitprinzipien Wirtschaft und Menschenrechte, das kleinere und mittlere Unternehmen nicht überfordert.“	Positiv
	„Das Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten wird unverändert umgesetzt und gegebenenfalls verbessert.“ „Basierend auf den VN-Leitprinzipien Wirtschaft und Menschenrechte setzen wir uns für einen europäischen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte ein. Wir werden den nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte im Einklang mit dem Lieferkettengesetz überarbeiten.“	Positiv
	„Wir unterstützen den Vorschlag der EU-Kommission zum Gesetz für entwaldungsfreie Lieferketten.“	Kritisch, weil neue, zusätzliche Sorgfaltspflichten von Unternehmen verlangt werden

<p>Standort- und Verkehrspolitik</p>	<p>Einzelhandel „Der stationäre Handel in Deutschland braucht attraktive Rahmenbedingungen, um im Strukturwandel gegenüber dem reinen Online-Handel bestehen und von der Digitalisierung profitieren zu können. Wir bemühen uns weiter um fairen Wettbewerb zwischen Geschäftsmodellen digitaler Großunternehmen und den lokal verwurzelten Unternehmen. Wir wollen die digital gestützte Wertschöpfung in Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistung unterstützen und dafür ein Level Playing Field herstellen.“ (S. 28, Z. 858ff.)</p> <p>„Wir nutzen das Förderprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ und führen die Innenstadtstrategie des Bundes fort, insbesondere das Programm „Lebendige Zentren“ im Rahmen der Bund-Länder-Städtebauförderung. Sie sollen für eine Verbesserung der Aufenthalts- und Erlebnisqualität in den Innenstädten genutzt werden.“ (S. 28, Z. 865ff.)</p>	<p>Positiv Die „attraktiven Rahmenbedingungen“ geben uns Raum für eigene Interpretationen. Durch unsere Netzwerke u.a. mit den Kommunen und den Beirat Innenstadt haben wir gute Möglichkeiten unsere Interessen durchzusetzen.</p> <p>Positiv Die Innenstadtstrategie nebst Beirat Innenstadt ist unsere Initiative. Dadurch erhalten wir weiterhin die Möglichkeit, in der Bundesregierung die weitere Entwicklung der Innenstädte mit zu definieren. Diese Rolle haben wir uns erarbeitet. Interessant ist zudem, dass die „Innenstadtentwicklung“ im Zusammenhang mit dem „Einzelhandel“ gesehen wird. Die Entwicklung des Handels sowie der Innenstadt werden in eine direkte Beziehung gesetzt. Auch das ist Ausdruck unserer Arbeit. Zudem ist beachtlich, dass unter der Rubrik „Einzelhandel“ diese starke Betonung der Innenstadtentwicklung vorgenommen wird</p>
---	--	--

<p>Standort- und Verkehrspolitik</p>	<p>Städtebau „Wir wollen lebenswerte Städte, Gemeinden und ländliche Regionen in ganz Deutschland und orientieren uns an der Neuen Leipzig-Charta.“ (Seite 92; Zeilen 3072ff.)</p> <p>„Wir sichern die Städtebauförderung dauerhaft und erhöhen sie.“ (Seite 92; Zeilen 3072ff)</p> <p>„Die vorhandenen Fördermaßnahmen im Bereich des Städtebaus wollen wir flexibilisieren und entbürokratisieren sowie die Einrichtungen der Baukultur stärken.“ (Seite 92; Zeilen 3076ff)</p>	<p>Positiv Die Entwicklung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist eine langjährige Forderung des HDE. Die Ausrichtung an die Neue Leipzig-Charta, an deren Ausgestaltung der HDE beteiligt war, wird befürwortet.</p> <p>Neutral Die Leipzig-Charta ist jedoch eine sehr allgemeine Absichtserklärung mit empfehlenden Charakter.</p> <p>Positiv Die Sicherung und Erhöhung der Städtebaufördermittel war eine Kernforderung des HDE in Bezug auf die weitere (Innen-) Stadtentwicklung. Daher wird die Absichtserklärung im Koalitionsvertrag grundsätzlich begrüßt.</p> <p>Neutral In der konkreten Ausgestaltung wird es darum gehen, in den nächsten fünf Jahren jeweils 500 Millionen Euro zusätzlich zu den bestehenden 790 Millionen Euro Städtebaufördermitteln zur Verfügung zu stellen.</p> <p>Positiv Die Ankündigung einer Flexibilisierung sowie Entbürokratisierung der Fördermaßnahmen im Bereich des Städtebaus wird vom HDE begrüßt. Das gilt ebenfalls für die Stärkung der Einrichtungen der Baukultur. Dadurch wird das Ziel eines attraktiven Umfeldes der Handelsstandorte rascher zu erreichen sein.</p> <p>Neutral Die Formulierungen sind insgesamt vage, so dass die genaue Ausgestaltung eine Herausforderung bleibt.</p>
---	--	---

	<p>„Wir wollen die Nutzungsgemischte Stadt.“ (S. 92, Z. 3079)</p> <p>„Wir erkennen für Clubs und Livemusikspielstätten ihren kulturellen Bezug an. Für beides werden wir die Baunutzungsverordnung und TA Lärm anpassen.“ (Seite 93; Zeilen 3088ff.)</p> <p>„Wir wollen zum Schutz der Gesundheit zukünftig die gesamte Lärmsituation berücksichtigen und werden die Einführung einer Gesamtlärbetrachtung prüfen. Diese könnte zum Beispiel die Belastungen aus Straßen-, Schienen- und Luftverkehr sowie von Industrie- und Gewerbeanlagen zusammenführen. Die TA Lärm werden wir modernisieren und an die geänderten Lebensverhältnisse in den Innenstädten anpassen, um Zielkonflikte zwischen Lärmschutz und heranrückender Wohnbebauung aufzulösen.“ (Seite 92; Zeilen 3081ff)</p> <p>„Wir werden das Nachhaltigkeitsziel der Bundesrepublik beim Flächenverbrauch mit konkreten Maßnahmen hinterlegen.“ (Seite 93; Zeilen 3101ff)</p>	<p>Positiv Die Nutzungsgemischte Stadt entspricht den Forderungen des HDE.</p> <p>Negativ Hierzu muss die Baunutzungsverordnung angepasst werden. Diese Anpassung findet sich im Text jedoch nur in Bezug auf „Clubs und Livemusikspielstätten“ wieder. Das ist erheblich zu kurz gesprungen, da hier untergeordnete Nutzungen in Bezug auf die BauNVO in den Vordergrund gestellt werden. Besser wäre die Zielvorstellung, die „Gemengelage“ als typische Nutzung der Innenstadt festzuschreiben.</p> <p>Positiv Das entspricht der HDE- Forderung nach der praxisgerechten Anpassung der TA-Lärm sowie der Gleichsetzung mit dem Verkehrslärm.</p> <p>Negativ Die TA-Lärm ist nur eine Verwaltungsvorschrift im Bundesimmissionsschutz. Daher wäre es besser gewesen, die Koalitionäre hätten insgesamt auf die praxisgerechte Umgestaltung des Bundesimmissionsschutzrechts verweisen, als auf die Anpassung einer „technischen Anleitung“.</p> <p>Negativ Die Formulierung eines 30ha-Ziel konnte bereits der Koalitionsvertrag der vorherigen Regierung. Grundsätzlich ist die Verringerung</p>
--	--	---

	<p>„Wir prüfen die Einführung eines Innenentwicklungsmaßnahmegebietes.“ (Seite 93; Zeilen 3104ff.)</p>	<p>des Flächenverbrauchs entsprechend der Klimaziele durchaus sinnvoll. Das müsste jedoch automatisch zu verbesserten Bedingungen für die Wiedernutzung, vereinfachten Umnutzung und Nachverdichtung führen. Diese Möglichkeiten werden im Koalitionsvertrag jedoch nicht angesprochen.</p> <p>Positiv Der Begriff des „Innenentwicklungsmaßnahmegebietes“ ist neu und nicht näher ausgeführt. Daher bleibt leider Interpretationsspielraum. Es ist jedoch davon auszugehen, dass diese einer neuen Gebietskategorie zur Sonderabschreibungen in kompletten Innenstädten entsprechen wird. Dies ist eine HDE-Forderung zur Entwicklung der Innenstädte.</p>
<p>Standort- und Verkehrspolitik</p>	<p>Baugesetzbuch „Wir werden das Baugesetzbuch (BauGB) mit dem Ziel novellieren, seine Instrumente noch effektiver und unkomplizierter anwenden zu können, Klimaschutz und -anpassung, Gemeinwohlorientierung und die Innenentwicklung zu stärken sowie zusätzliche Bauflächen zu mobilisieren und weitere Beschleunigungen der Planungs- und Genehmigungsverfahren vorzunehmen.“ (Seite 89; Zeilen 2968ff.)</p>	<p>Positiv Die Absichtserklärung ist zu begrüßen. Der Text bleibt jedoch bei der genauen Ausgestaltung sehr vage. Grundsätzlich ist die Novellierung jedoch zu begrüßen und entspricht den Forderungen des HDE.</p>

	<p>„Wir wollen Länder und Kommunen in die Lage versetzen, Attraktivität und Kapazitäten des ÖPNV zu verbessern. Ziel ist, die Fahrgastzahlen des öffentlichen Verkehrs deutlich zu steigern.“ (Seite 50; Zeilen 1604ff.)</p>	<p>Positiv Die Verbesserung der Attraktivität und Kapazitäten des ÖPNV wird dazu beitragen, dass auch die Erreichbarkeit der Handelsstandorte (insbesondere der Innenstädte – sternförmige Linienführung mit dem Mittelpunkt Innenstadt) verbessert wird. Daher befürwortet der HDE diese Zielstellungen.</p>
	<p>Wir unterstützen regionale Güterverkehrskonzepte, fördern emissionsfreie Stadtlogistik wie Ladezonen und Logistik-Hubs.“ (Seite 51; Zeilen 163ff.)</p>	<p>Positiv Der HDE begrüßt diese Zielstellungen, dass die emissionsfreie Stadtlogistik durch (elektrische) Nachtanlieferung gefördert werden kann. Zudem bieten Ladezonen den ansässigen Händlern Versorgungssicherheit bei effizienten Wegen. Logistikubs sind notwendig, um kleinteilige Belieferung mit alternativen Fahrzeugkonzepten zu fördern.</p>
	<p>Sichere Lkw-Stellflächen an und um Autobahnen werden wir ausbauen und telematisch optimieren. (Seite 51; Zeilen 1636ff.)</p>	<p>Positiv Der HDE befürwortet diese Zielstellung, da auch der LKW auf Sicht nicht ersetzbar ist.</p>
	<p>„Wir werden dem Fachkräftemangel entgegenwirken, Qualifizierung modernisieren und Bürokratie abbauen.“ (Seite 51; Zeilen 1637ff.)</p>	<p>Positiv Der HDE setzt sich seit Jahren dafür ein, dass der Mangel an Lkw-Fahrern reduziert wird. Daher ist es sehr zu begrüßen, dass der Fachkräftemangel im Bereich des Güterverkehrs von den Koalitionären abgebaut werden soll. Der Handel benötigt diese Fachkräfte um die Logistik bis in die Filiale sicherzustellen.</p>

Standort- und Verkehrspolitik	<p>„Wir werden 2023 eine CO₂-Differenzierung der Lkw-Maut vornehmen, den gewerblichen Güterkraftverkehr ab 3,5 Tonnen einbeziehen und einen CO₂-Zuschlag einführen, unter der Bedingung, eine Doppelbelastung durch den CO₂-Preis auszuschließen. Wir werden die Mehreinnahmen für Mobilität einsetzen.“ (Seite 48; Zeilen 1558ff.)</p>	<p>Negativ Im Zweifel wird dies zu einer Verteuerung der Diesel-Flotten führen, ohne dass die Handelsunternehmen die Chance haben, die Lkw-Flotten auf alternative Antriebe umstellen zu können, da die Fahrzeuge von den Herstellern noch nicht zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Die geplante Ausdehnung der Lkw-Maut für Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen wird abgelehnt. Mit der Absenkung des zulässigen Gewichts auf 3,5 Tonnen wird insbesondere der Mittelstand getroffen. Gerade kleinere Lkw sind im Verteilerverkehr des Handels unersetzbar. Jede zusätzliche finanzielle Belastung wird am Ende an den Kunden weitergegeben werden müssen. Somit wirkt die Erweiterung der Maut letztlich wie eine Steuererhöhung.</p>
	<p>„Wir wollen Lärmbelastungen durch den Verkehr reduzieren, setzen uns für eine Reduzierung von mutwilligem Lärm ein und sorgen für mehr aktiven und passiven Lärmschutz. Um zu angemessenen Lärmschutzmaßnahmen zu kommen, werden wir die gesamte Lärmsituation berücksichtigen. (...) Innovative Technik zur Lärmvermeidung, so für neue Güterwagen, werden wir bis zur Markteinführung unterstützen.“ (Seite 49; Zeilen 1563ff.)</p>	<p>Positiv Die Förderung von passiven und aktiven Schallschutz wird begrüßt. Eine „innovative Technik“ zur Lärmvermeidung ist die vom HDE geforderte Nachtlogistik – auch „leise Logistik“ genannt.</p>

	<p>„Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung der CO₂-Flottengrenzwerte für Nutzfahrzeuge ein und unterstützen die Vorschläge der Europäischen Kommission für den Aufbau von Tank- und Ladeinfrastruktur für Lkw.“ (Seite 52; Zeilen 1671ff.)</p>	<p>Neutral</p> <p>Für die Weiterentwicklung der CO₂-Flottengrenzwerte für Nutzfahrzeuge sollten praxismgerechte Übergangsfristen erarbeitet werden. Die Umstellung auf alternative Antriebe ist erst dann möglich, wenn ausreichende Produktionskapazitäten von der Industrie aufgebaut worden sind.</p> <p>Der Aufbau von Tank- und Ladeinfrastruktur für Lkw sollten unter der Prämisse der Technologieoffenheit erfolgen. Beim Aufbau sollten die Kosten auf Seiten der Infrastrukturanbieter liegen, für die sich hierdurch ein Geschäftsmodell entwickelt. Eine Weiterreichung der Kosten z.B. auf Dritte (z.B. Handel: verbindlicher Aufbau von Ladesäulen) ist abzulehnen.</p>
--	--	---